

Erstmals in Südkoreas Geschichte amtierender Präsident verhaftet



Photo : YONHAP News

KBS WORLD

15.01.2025

Er steht im Zusammenhang mit der Ausrufung des Kriegsrechts am 3. Dezember im Verdacht des Hochverrats.

Das zuständige gemeinsame Ermittlungsteam des Büros für Korruptionsermittlungen gegen hochrangige Beamte (CIO) und der Polizei gab bekannt, dass der Haftbefehl gegen **Yoon** um 10.33 Uhr vollstreckt worden sei.

Ein Autokorso mit Yoon an Bord verließ gegen 10.38 Uhr die Präsidentenresidenz im Viertel Hannam-dong in Seoul. Der Korso kam gegen 10.53 Uhr im Regierungskomplex in Gwacheon südlich von Seoul an, wo das CIO ansässig ist.

Die Behörde will innerhalb der 48-stündigen Frist nach Verhaftung einen Untersuchungshaftbefehl gegen Yoon beantragen, nachdem sie diesen vernommen hat.

Nach dem Verhör wird Yoon zunächst in der Untersuchungshaftanstalt Seoul in Uiwang festgehalten werden.

Die Festnahme erfolgte 43 Tage nach der kurzzeitigen Verhängung des Kriegsrechts durch Yoon am 3. Dezember. Es ist das erste Mal in der Verfassungsgeschichte Südkoreas, dass ein amtierender Staatspräsident von Ermittlungsbehörden verhaftet wurde.

Präsident Yoon verurteilt Verhaftung



Photo : YONHAP News

KBS WORLD

15.01.2025

Präsident Yoon Suk Yeol hat gegen seine Verhaftung protestiert.

Er erkenne die Ermittlungen durch das Büro für Korruptionsermittlungen gegen hochrangige Beamte (CIO) nicht an, sagte er in einer vorab aufgezeichneten Videobotschaft.

In dem etwa dreiminütigen Video kritisierte er die Vollstreckung des Haftbefehls durch das CIO.

Er behauptete, dass sein Eingehen auf dieses „illegale und ungültige“ Verfahren nicht bedeutete, dass er es anerkenne. Vielmehr wolle er als Präsident, der die Verfassung und das Rechtssystem der Republik Korea schützen müsse, ein Blutvergießen verhindern.

Yoon bedankte sich außerdem bei seinen Anhängern für die Unterstützung und Ermutigung.

Es ist Yoons erster offizieller Auftritt seit 32 Tagen. Er hatte zuletzt am 14. Dezember nach der Verabschiedung eines Amtsenthebungsantrags gegen ihn in der Nationalversammlung eine öffentliche Videoansprache gehalten.